

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 81 (2006)
Heft: 7-8

Artikel: "Management by Kopfanschlagen"? : Schwachstellen in der inneren Sicherheit müssen behoben werden
Autor: Regli, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-716189>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Management by Kopfanschlagen»?

Schwachstellen in der inneren Sicherheit müssen behoben werden

Die aktuelle sicherheitspolitische Lage zeichnet sich unverändert vor allem aus durch unkontrollierte Migration, islamistischer Terrorismus, organisierte Kriminalität, Informationsoperationen, Korruption, Infektionskrankheiten und Massenvernichtungswaffen.

Im Inland sind u.a. der gewalttätige Extremismus linker und rechter Provenienz, der Hooliganismus und Vandalismus sowie in zunehmendem Masse auch die Jugend- und die Ausländerkriminalität von Bedeutung.

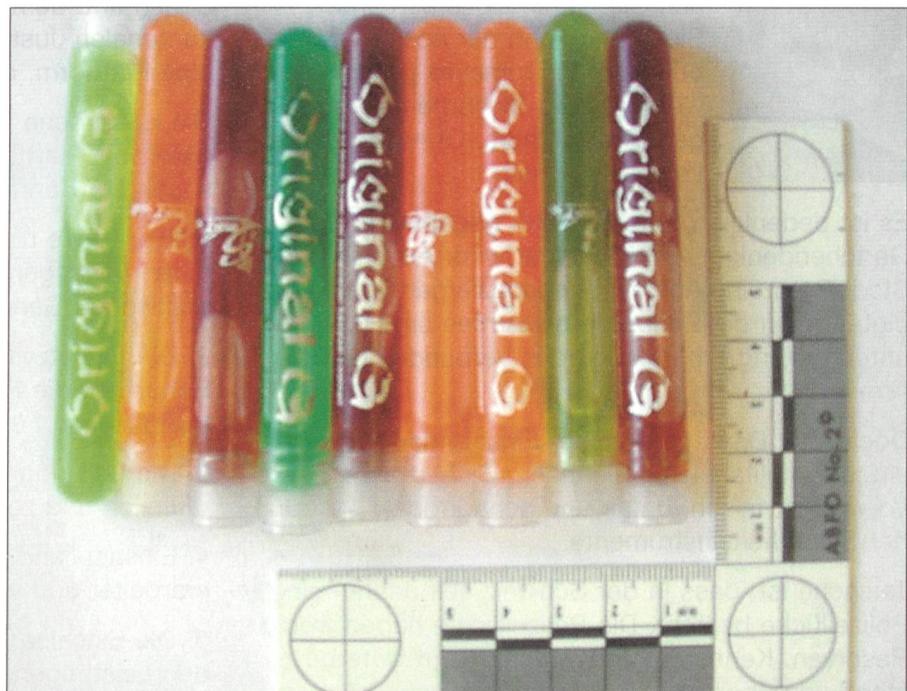
Div Peter Regli, Boll

Dass diese Risiken und Gefahren sehr oft überraschend, in komplexen, schwer zu bewältigenden Szenarien auftreten und die politische Führung vor enorme Herausforderungen stellt und sie auch überfordert, ist inzwischen allgemein bekannt. Unsere Politiker nehmen diese Ausgangslage wohl zur Kenntnis, scheinen dadurch aber nicht besonders beunruhigt zu sein.

Nach wie vor steuern sie die Sicherheit über die Finanzen. Einzelne Polizeikorps sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und sprechen sogar von Leistungsabbau und Kampfmassnahmen. Das Machtmonopol des Staates erodiert zusehends. Muss in unserem Land zuerst etwas Schreckliches geschehen, damit die Politik die nationale Sicherheit wieder wirklich ernst nimmt? Wollen wir «Management by Kopfanschlagen»?

Zur inneren Sicherheit

Unsere nationale Sicherheit ist geprägt durch die oben erwähnten Herausforde-



Drogenhandel: Gammahydroxybutyrat (GBH) wird in der Szene auch «Liquid Ecstasy» genannt, ist aber mit diesem chemisch nicht verwandt.

rungen der inneren Lage, welche ihrerseits stark durch Ereignisse im Ausland beeinflusst sind. Seit 16 Jahren, seit der «Wende» in Europa, wissen wir, dass innere und äussere Lage in der Analyse nicht mehr voneinander getrennt werden dürfen. Positiv zu erwähnen ist der Ende Mai veröffentlichte Bericht des Bundesamtes für Polizei über die innere Sicherheit. Der Direktor dieses Bundesamtes musste in seinem Bericht zur Lage einräumen, dass der islamistische Terrorismus auch für unser Land von Bedeutung sein könnte. Diese Aussage ist ein beachtenswerter Sprung über den eigenen Schatten und ein gros-

ser Schritt in Richtung der Realität und Anerkennung der international gültigen und von anderen Diensten seit langem dargestellten Bedrohungslage.

Es ist zu hoffen, dass das Bundesamt für Polizei, mit dem Dienst für Analyse und Prävention und der Bundeskriminalpolizei, noch vermehrt Erkenntnisse erarbeiten kann, welche die Erhärting dieser Analyse ermöglicht. Dies insbesondere, um die Krebsgeschwüre Islamismus und islamistischer Terrorismus in unserem Land noch besser erfassen, identifizieren und entschieden bekämpfen zu können. Die so erkannten Metastasen des weltweit diagnostizierten Karzinoms Islamismus müssen radikal, konsequent und mit allen Mitteln des Rechtsstaates eliminiert werden. Der Islamismus, eine totalitäre, menschenverachtende und frauenfeindliche Ideologie, mit ihren kriminellen Auswirkungen, ist die Herausforderung des jüdisch-christlichen Abendlandes und des demokratischen Rechtsstaates.

Armee, Grenzwachtkorps und Polizei

Was tut unsere Armee in dieser Lage? Sie bemüht sich um die zum Teil noch gravierenden Mängel der letzten Reorganisation («Armee XXI»), insbesondere auf dem Gebiet der Ausbildung und des Personellen. Umfangreiche und dringende Garantiearbeiten müssen noch vollendet werden. Das



Der Luftverkehr im Visier des Terrors.

Berufspersonal an der Front gibt ihr Bestes. Leider hat es keine Lobby mehr. In den vergangenen Jahren wurden die Berufsunteroffiziere und -Offiziere von der Politik vernachlässigt, finanziell diskriminiert und arbeitsmäßig im Übermass belastet.

Gute Arbeit an der Front

An der Front wird dennoch sehr gute Arbeit geleistet. Unsere Armee ist bedeutend besser als der Ruf, welcher ihr bestimmte Politiker und Medienschaffende sowie einzelne ewigestrige Offiziere anhängen. Sie tut viel Gutes, spricht aber leider zu wenig darüber! Sich für unsere motivierten Männer und Frauen in Uniform einzusetzen, insbesondere für die vielen jungen Angehörigen der Armee, sollte für uns zugleich Freude und Verpflichtung sein.

Der Kommandant des Grenzwachtkorps sowie einzelne Polizeikommandanten machen richtigerweise immer wieder auf die unzureichenden Bestände und die akuten Mängel ihrer Korps aufmerksam. Das Polizeikorps der Stadt Bern ist ein sehr aktuelles und besorgniserregendes Beispiel. Für eine engere Zusammenarbeit mit der Armee, insbesondere mit der Militärischen Sicherheit, scheinen diese Kommandanten aber weniger begeistert zu sein. Sie alle möchten höhere Personalbestände.

Unsere Grenzwächter und Polizisten leisten hervorragende Arbeit, nicht zuletzt in der gegenseitigen Zusammenarbeit, auch mit dem angrenzenden Ausland. Ihre Mittel sind aber den heutigen Herausforderungen nicht mehr angepasst. Die Kommandanten sollten daher ebenfalls gezielt den «grenzüberschreitenden Sicherheitsdialog» und die Synergieeffekte, d.h. die Leistung im nationalen Verbund anstreben.

Sicherheitspolitischer Dialog

Das Führen des sicherheitspolitischen Dialoges auf nationaler Ebene ist in der beschriebenen Lage dringend notwendig. Es genügt nicht mehr, dass sich der Chef VBS mit dem CdA für die Armee, die kantonalen Polizeidirektoren für ihre Polizei und das Finanzdepartement für das Grenzwachtkorps einsetzen. Zäune müssen abgebaut werden. Der umfassende Dialog ist notwendig. Ausgehend von einer gemeinsamen Analyse der Bedrohungslage muss endlich eine Strategie der nationalen Sicherheit definiert werden. Daraus folgend müssen Synergieeffekte gefunden, klare Aufträge und Mittel definiert und schliesslich das notwendige Geld gesprochen werden.

Der überholte Föderalismus in Sachen innere Sicherheit muss ein für alle Male verabschiedet werden. Auch gewisse Polizeikommandanten müssen in diesem Prozess über ihren Schatten springen. Der anerkannt sehr gut ausgebildeten und einsatzbereiten Militärischen Sicherheit muss ihr



Ausforschung oppositioneller Emigranten. Das Bild stammt aus einem von der Polizei beschlagnahmten Video.

gebührender Platz in dieser nationalen Sicherheit zugewiesen und der Armee ein klarer Auftrag mit Kompetenzen in der inneren Sicherheit erteilt werden.

Das Schicksal meinte es mit uns Schweizerinnen und Schweizern bis heute sehr gut! «Management by Kopfanschlägen» ist trotzdem keine vertretbare Lösung für Land und Volk! Der Bericht über die innere Sicherheit bestätigt diese Erkenntnis in seiner neuesten Ausgabe deutlich.

Nehmen wir die Anzeichen also ernst. Führen wir diesen sicherheitspolitischen Dialog, permanent und auf allen Stufen von Parlament, Kantone, Institutionen und in der Öffentlichkeit. Nur auf diese Weise wird unsere oberste politische Führung je in der Lage sein, agieren zu können und nicht, wie bis anhin, zum Reagieren verurteilt zu werden. Dass aktuelle, komplexe strategische Szenarien auch regelmässig geübt werden sollten, ist ein seit längerer Zeit bestehendes Postulat. Wer hält unsere Landesregierung dazu an, dies auch selber und regelmässig zu tun?

Wahltag ist Zahltag

Dass linke und grüne politische Kreise mit Aspekten der Sicherheit Mühe haben, ist bekannt. Keine eigene Armee und viel weniger Polizei wären ihnen lieber. Mit dieser politischen Ausrichtung kann und muss unser demokratischer Staat leben.

Dringend notwendig ist hingegen, dass sich die bürgerlichen Parteien wieder eindeutig und laut zur nationalen Sicherheit mit effizienten Mitteln, Kompetenzen und insbesondere mit ausreichenden Finanzen bekennen. Die bürgerlichen Parteien haben die Mehrheit im eidgenössischen Parlament!

Im Herbst 2007 werden nationale Wahlen stattfinden. Für unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier ist dann wieder

Zahltag. Nehmen Sie, liebe Leserinnen und Leser, Ihre Vertreterinnen und Vertreter in Bern in die Verantwortung. Stellen Sie ihnen unmissverständlich die Frage: «Wie halten Sie es mit der Sicherheit im Allgemeinen und mit der nationalen Sicherheit im Speziellen, Herr/Frau Nationalrat/Ständerat?». Sollte Ihre Ansprechpartnerin bzw. Ihr Ansprechpartner mit der Antwort zögern oder sogar zu stottern beginnen, so streichen Sie die Person von den Wahllisten und geben Sie einer neuen Kandidatin bzw. einem neuen Kandidaten mit einer klareren Haltung zur Sicherheit eine Chance.

«Management by Kopfanschlägen» darf nicht mehr die Strategie unserer nationalen Sicherheit sein. Helfen Sie alle mit, diese Schwachstelle möglichst rasch zu korrigieren!

SND-Chef im Lilienberg

Verschiedene Kommissionen haben sich eingehend mit der Problematik der zukünftigen Entwicklung des Nachrichtendienstes auseinander gesetzt. Bis Ende 2006 hat der Bundesrat zu prüfen, ob für die Nachrichtendienste umfassende Rechtsgrundlagen zu schaffen seien. Neben den rechtlichen Fragen geht es in Zukunft um die Organisation, die Zusammenarbeit unter den Diensten, deren Aufsicht und die Ausrichtung auf neue Bedrohungen.

Am 31. August 2006, 16.15 Uhr, findet im Lilienberg Unternehmerforum in Ermatingen unter der Moderation von Hansruedi Ostertag ein Kolloquium mit Ständerat Hans Hofmann, Horgen, und Dr. Hans Wegmüller, Strategischer Nachrichtendienst, Bern, zu diesem Themenkreis statt.

Anmeldungen an Lilienberg Unternehmerforum, 8272 Ermatingen, info@lilienberg.ch, www.lilienberg.ch, Tel. 071 663 23 23. brb.